

Politische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabnehmer sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. Sonntags: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Zarliches Unterpostamt“ — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wochentlich 1,- Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Ausgenommen: Auslieferung in Goldmark, mm-Zeile 50 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard Varnau. Redakteur: Dr. Kurt Handmann; Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasch-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 5000-3664, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3668-3669. Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postbescheid Berlin 66.

Blutige Zusammenstöße in Charlottenburg

Die Protestdemonstrationen der Kommunisten / Schüsse in der Volkshäuser / Zahlreiche Verletzte

Gestern Abend veranstaltete der „Rote Frontkämpferbund“ gemeinsam mit der Kommunistischen Partei unter harter Beteiligung eine Protestdemonstration gegen den Verstoß der Nationalsozialisten auf dem Bahnhof Scharfede-Ost. Die Menge sammelte sich am Untergrundbahnhof Scharfede und zog von dort aus durch Charlottenburg nach dem Scharfedeplatz und dem Friedrich-Rath-Park, wo Versammlungen stattfanden, in denen Selbstverteidigungsübungen abgehalten wurden und Reden gehalten wurden.

Am 20. und 21. März kam es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen mit den Angehörigen der Schutzpolizei, bei denen diese wiederholt von der Schutzpolizei geschossen wurden mußte. Insgesamt blieben etwa 40 bis 50 Personen Verletzungen erlitten haben. Unter den Verwundeten befindet sich auch der Selbstverteidigungsleiter z. H. M. A. n. n. der bei einem Zusammenstoß in der Nähe des Scharfedeplatzes eine blutende Kopfverletzung erlitten hat. In späteren Nachfragen deuten die Zusammenstöße und Zusammenrottungen an.

Obwohl es die einzelnen Blitze aus der Verleumdung und aus dem Scharfede Platz nach dem 20. März kam es wiederholt zu Zusammenstößen. Gegen 7/8 Uhr trauerte einer der Blitze den Scharfedeplatz. In der Danksagung verurteilten die Polizeibeamten, den Schützen den Scharfedeplatz den Scharfedeplatz den Scharfedeplatz. Als ein Oberkommissar der Führer des begleitenden Mannschaften der Polizei, einen Selbstverteidigungsleiter, wurde er zu Boden gerissen und gab in der Danksagung die Scharfedeplätze ab. Ein Polizeiwachmann P. von der Polizei-Inspektion Kreuzberg wollte einen der Beteiligten festnehmen. Im gleichen Augenblick schlugen diese in der Danksagung Schüsse auf seinen Dienstrock und gab einen Schuss auf seinen Dienstrock ab, ohne jedoch jemanden zu verletzen.

Arbeitszeit-Kompromiß der Regierungsparteien

Die langwierigen Verhandlungen der Regierungsparteien über das Arbeitszeitgesetz sind gestern zum Abschluß gekommen. Man hat sich mit der Regierungspartei dahin geeinigt, daß die Regierungsparteien in den beiden Gruppen der festgestellten Arbeitszeit und des Arbeitslohnanges für Arbeitsverhältnisse geändert werden soll. Während in der ursprünglichen Fassung des Arbeitszeitgesetzes festzulegen war überaupt unterlag werden für, welche in ein in einzelnen Fällen wieder ausfallen, sind zwar insbesondere kann, wenn es sich um die Festlegung von angrenzenden Arbeitsstellen handelt, deren Arbeitsverhältnisse wirtschaftlich Geben bringen könnte.

Briand über Albanien Vor der Kammer

Redaktion: Bericht der „Vossischen Zeitung“

Paris, 22. März. Nach der Schluß der heutigen Kammerdebatten hat der Präsident bekannt, daß ihm von den italienischen Abgeordneten Briand und Fontanari zwei Interpellationsanträge über die französische Politik im Balkan und die Haltung, die Frankreich im südlich-slawischen Konflikt einzunehmen gedenke, auszugehen seien. Der Präsident richtete an die Regierung die Frage, welchen Ton sie für die Diskussion dieser Interpellationen vorzuziehen. Briand befragte Briand unter anderem die Schwächen der Kommerzialpolitik. Briand ist nicht, begann der Staatsminister, aber eine Debatte über diese Frage den glücklichen Anlaß, der politischen Ereignisse, denen wir beizuhelfen, bestmöglichen Kunde, würde ich als erster für die sofortige Diskussion der Interpellationen eintreten. Aber ich glaube es nicht und schlage deshalb die Beratung vor. Die Interpellationen sollen einige Erklärungen von der Regierung erhalten. Ich freue mich deshalb, erklären zu können, daß die französischen Regierungen einen friedlichen Lösung entgegennehmen.

Wenn ersten Tage an hat die französische Regierung sich alle Mühe gegeben, das, wo sie über einfließen verweigert, Maßregeln der Abhängigkeit und der Zurückhaltung zu erzielen. Es freut mich, bei dieser Gelegenheit betonen zu können, daß dies in vollem Einklang mit den Regierungen Englands und Frankreichs steht. Die Belgische Regierung hat ihrerseits außerordentlich schnelle und befriedigende Erklärungen abgegeben. Auf dem Wege einer neuen Propaganda hat sie sich bereit erklärt, sich einer internationalen Untersuchungskommission zu unterwerfen, die feststellen könnte, ob die gegen sie erhobenen Beschuldigungen unannehmlich sind (bestehender Beifall auf allen Banken). Sie haben deshalb allen Grund, diese Angelegenheiten mit Befriedigung (schließen und der sofortigen Ausdrück zu geben, daß der Friede, den wir alle wünschen, nicht durch einen neuen Zwischenfall gefährdet werden will. (Beifall.)

Wenn man feststellt, alle diese Regierungen sich bemühen, den Konflikt beizulegen, glaube ich, daß man beruhigt sein darf. Jedoch, und das wiederholt sich ausdrücklich, was die französische Regierung anbelangt, so hat sie den lebhaftesten Wunsch, alles zu tun, um überall den Frieden ausbreiten zu erhalten. (Stürmischer Beifall auf allen Banken.)

Der Interpellant Fontanari ergriff darauf das Wort. Er gibt seiner Verbannung Ausdruck, daß mit dieser Frage der Weltfrieden sich bis jetzt nicht befeht habe. Er hofft, daß dies in allerletzter Zeit geschehen möge.

Nach ihm sprach der Kommunist Verthout. Er erinnert an die Korinthische, glaubt nicht an die Wirksamkeit des Weltfriedens und ist im Gegenteil überzeugt, daß alle Nachrichten, die von dem Friedenswilligen Italiens sprechen, erlogen sind.

Briand: Wenn der Weltfrieden die Affäre von Korinthis nicht geregelt hat, so geschah es deshalb, weil die Vorkosterforderung nicht regierte. Aber alle Schritte zu einem Eingreifen des Weltfriedens waren bereits getan.

Darauf ergriff der Sozialist Blum das Wort. Er stellte mit Befriedigung nach der Rede Briands fest, daß der Konflikt aller Voraussicht nach auf friedlichem Wege gelöst wird. Aber trotzdem habe das französische Parlament an einer ausgiebigen Debatte darüber alles Interesse. Der allen Dingen muß die französische Regierung endlich einmal, wie es sich gehört, den Untersuchungen der internationalen Friedeinstellung unterziehen. (Beifall.)

Man behauptet in Italien, es bestände zwischen Frankreich und Südtirol eine geheime Militärkonvention. Er, Blum, glaube nicht daran, aber er würde es begrüßen, wenn die Behauptungen der italienischen Blätter von französischer Seite offiziell demontiert würden. Über die Ereignisse in der albanischen Grenzzone habe die südtirolische Regierung selbst eine Besondere vorgelegt. Sie habe damit das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt. Unter allen Umständen müßte die Grenzzone gesorgt werden, damit endlich einmal Europa wieder, welche Regierung es verlassen wolle, einen neuen Krieg zu entfachen. (Beifall.)

Die französische Regierung sei jedenfalls der Ansicht, daß angeforderte eine öffentliche Diskussion über die ganze Angelegenheit in der französischen Kammer unzulässig wäre. (Beifall.) Bei, fast nichts und in der Mitte.) Darauf wird durch Handklopfen die Beratung der Interpellation auf unbestimmte Zeit verschoben.

Durch Untersuchungs-Ausschuß geregelt?

Redaktion: Bericht der „Vossischen Zeitung“

London, 22. März. Der diplomatische Meinungsausschuß über die albanische Frage wird nach der heute Abend hier veröffentlichten Nachrichten durch die Einsetzung eines militärischen Ausschusses, der die Abhängigkeiten durch die Untersuchung zu prüfen, die südtirolischen Militärmaßnahmen zu prüfen, zu einem vorläufigen Abschluß gelangen.

Die Aussprache in Belgrad

Redaktion: Bericht der „Vossischen Zeitung“

Belgrad, 22. März. Im Außenamt herrschte auch heute launiger ein roter Nebel. An maßgebenden Stellen des Außenamts betrachtet man den Konflikt mit Italien im allgemeinen für beizulegen, nachdem England sich entschlossen hat, die fremdbestimmte Vermittlung zwischen Italien und Südtirol zu übernehmen.

Die außenpolitische Debatte in der Stupatschka entpuppte der ersten außenpolitischen Zone und nach dem ersten Male seit mehreren Jahren ein überflüssiges Bild der Mänteln und Verleumdungen der südtirolischen Außenpolitik. In drei maßgebenden Fragen-Arten lag wälder Südostriid in der Auflösung der Regierungsmehrheit und der Opposition, nämlich in der Frage der südtirolischen Balkanpolitik, dem Frage der Einstellung Südtirolens zu den europäischen Großmächten und in der Frage der Beziehungen zu Italien.

In der ersten Frage unterrichteten alle Redner das Grundprinzip: der Balkan den Balkanpolitik und begeherten ein Bündnis mit Bulgarien als sicherste Garantie für den Frieden auf dem Balkan.

In der zweiten Frage forderten fast alle die Anrechnung der südtirolischen Außenpolitik an England. Diese von den westlichen Parteien geäußerte Auffassung bedarf sich nicht mit den Beziehungen der südtirolischen Regierung, den Weg nach London zu gehen, was der erste praktische Schritt der Versuch zur Vermittlung Englands war.

In der Frage der Beziehungen zu Italien erlaubten sich die Parteien im allgemeinen für ein fortgesetztes, je sogar verstärktes Verhältnis gegenüber der Regierung, daß auch Italien seinerzeitig selbst gegenüber Südtirolen handele und nicht fähig die Sicherheit des Landes bedrohe. So wurde betont, daß der letzte Versuch Italiens denbelandische Beziehungen gegen Südtirolen derzeitig ebenfalls ernstlich zurückgewiesen werden müßte. In der Beurteilung dieser Frage gab eine Meinungsausschussmitglieder zwischen Serben, Kroaten und Slowenen.